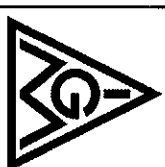


Pressespiegel

Datum: 28. Sept. 2009

- | | | | |
|-----------------|----------------------------------|---------------------|-----------------------|
| BNN Bruchsal | ☒ | Pforzheimer Zeitung | ☐ |
| BNN Bretten | ☐ | Mühlacker Tageblatt | ☐ |
| BNN Kreisseite | ☐ | Handelsblatt | ☐ |
| Brettener Woche | ☐ | IHK | ☐ |
| Kurier | ☐ | Wochenblatt | ☐ |

www.bruchsal-xl.de ☐
www.ka-news.de ☐
www.bruchsal-net.de ☐



Bruchsal

„Arbeitslosengeld auf 24 Monate verlängern“, Delegiertenversammlung der IG Metall in Bruchsal analysierte aktuelle Beschäftigungslage

Bruchsal (hüb). „Mit unserer großen Beschäftigungsbetrugung, der Aktion „On Tour für ein gutes Leben“ und der Großveranstaltung Arena ist es uns gelungen, ein Signal für eine Politik für die Mehrheit der Menschen zu setzen.“ So begrüßte Eberhard Schneider, Bevollmächtigter der IG Metall Bruchsal die Delegierten. In seinem Geschäftsbericht äußerte sich Eberhard Schneider zur wirtschaftlichen Lage und der aktuellen Situation der Beschäftigten in der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Auswirkungen und die Wahrnehmung der Krise, hieß es, verliefen sehr unterschiedlich. Die Beschäftigung wurde derzeit durch massiven Einsatz von Kurzarbeit stabilisiert, die Konjunktur durch weltweite billionenschwere Rettungspakete gestärkt. Die Betroffenen unter dramatischen Produktionseinbußen und unter schwierigen Finanzierungsbedingungen. So sei zu befürchten, dass der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt noch bevorstehe. Einer Umfrage zufolge sehe jeder fünfte Betrieb im Bereich Metall/Metallverarbeitung die Krise als existenzielle Bedrohung für den

Fortbestand des Unternehmens an. Für die IG Metall gelte: „Jeder verlorene Arbeits- und Ausbildungsplatz ist einer zu viel.“ Daher kämpfte die Gewerkschaft dafür, dass durch die Krise in Not geratenen Unternehmer durch einen öffentlichen Beteiligungsfonds gestützt werden. Das Ziel bleibt, Beschäftigung und industrielle Substanz des Landes zu sichern.

Helfen könne, war zu hören, die Fortführung der Kurzarbeit auch im Jahr 2010. Die Kurzarbeit sicherte in der Metallindustrie rund 240 000 Arbeitsplätze. Durch die Umweltprämie wurden 200 000 Menschen vor Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bewahrt.

Bislang gab es noch keine Massenentlassungen, aber es gab einen stillen, sukzessiven Arbeitsplatzabbau in den Betrieben, besonders hart traf es die Leiharbeitsbeschäftigten. Bis 2013, so eine Schätzung der IG Metall, könnten bis zu 500 000 Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie verloren gehen. Dem gelte es entgegenzuwirken. Die Entgelte müssten stabilisiert werden, damit die Binnenkonjunktur gestützt wird, ebenso müsste Arbeitsplatzab-

bau vermieden werden. „Wir brauchen“, betonte Eberhard Schneider, „die Bereitschaft von Politik und Wirtschaft, die anstehenden Veränderungen im Interesse der Beschäftigten zu gestalten“. Die IG Metall fordert, durch Alters- teilzeit neue Beschäftigungsbrücken zu schaffen um damit auch der jungen Generation Chancen zu eröffnen, einen Arbeitsplatz zu finden.

In diesem Sinne äußerte sich auch Martin Sambeth von der Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg. Er warnte vor einem erhöhten Rückgang der Ausbildungsplätze, die nicht heruntergefahren werden dürfen, auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel bei einer Erholung der Konjunktur. Er plädierte für eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes auf 24 Monate sowie eine Altersteilzeit für die Beschäftigten akzeptablen Bedingungen. Eine Absage erteilte er der Rente ab 67. Die IG Metall hat entschieden, die Anliegen der jungen Generation zu einem Schwerpunktthema zum machen. Es könne nicht angehen, die Folgekosten der Krise auf die Jugend abzuwälzen.